

Zwischen Tsunami und verlangsamtem Abschwung

Ausbildungs- und Beschäftigungsgipfel im Landratsamt analysiert die Krise – Weiterbildung in Kurzarbeit soll Chancen sichern

Das Spektrum ist groß bei diesem Ausbildungsplatz- und Beschäftigungsgipfel im Landratsamt: Roland Hamm fürchtet als erster Bevollmächtigter der IG Metall einen Arbeitsplatzabbau, der ihn an einen „Tsunami“ erinnert. IHK-Geschäftsführer Klaus Moser ist „inzwischen nicht mehr so pessimistisch, wie vor zwei Wochen“.

ANKE SCHWÖRER-HAAG

Aalen. Sehr, sehr vorsichtig ist er allerdings, dieser schwindende Pessimismus: „Ich sehe Indikatoren dafür, dass sich der Abschwung verlangsamt“, formuliert es Klaus Moser und hält all jene für unseriös, die mit Zahlen über die künftige Entwicklung jonglierten und ein Minuswachstum von vier, sechs oder mehr Prozent vorhersagten. Mehr als eine Aussage zum Trend sei nicht möglich.

Den sieht die IG Metall aber in Richtung abwärts, weshalb die Gewerkschaft zur Veranstaltung geladen und rund 200 Besucher, hauptsächlich Mitglieder, gewonnen hatte. Josef Mischko beschwört in seiner Begrüßung eine gemeinsame Linie aller Akteure, damit man Perspektiven bieten könne. Eine entsprechende „Aalener Erklärung“ soll ab sofort verteilt, Unterschriften erworben werden.

Roland Hamm lässt keinen Zweifel an der Notwendigkeit offen: Bis zu 20 Prozent Personalabbau habe man in der ersten Phase der Krise erlebt – bei den Beschäftigten der Zeitarbeitsfirmen und bei den befristeten Stellen. Nach Monaten der Kurzarbeit drohten die Unternehmen nun in die Fixkostenfalle zu laufen. Um Entlassungen zu verhindern, sei die IG Metall bereit über Verzicht der Beschäftigten zu verhandeln, wenn sich damit Jobs retten ließen. „Das ist aber kein Freibrief“, warnt Hamm. Arbeitgeber und Gesellschafter müssten mindestens ebenso große Opfer bringen. „Die Belegschaften sind nicht dazu da, die Verluste aufzufangen.“

Außerdem drohe nach Monaten der Kurzarbeit auch jedem einzelnen die



Rund 200 Interessierte waren zum Gipfel gekommen – ihnen präsentierte die IG-Metall-Jugend auch die „Operation Übernahme“. 62 Prozent der Lehrlinge warten derzeit auf eine Chance, mahnte Jan Scherrenbacher als Jugendsprecher und versichert: „Wir kämpfen dafür.“ (Foto: Peter Hageneder)

Kostenfalle, führt Hamm aus. Die Banken sollten deshalb auf die bei Girokonto-Überziehung sonst üblichen hohen Zinsen verzichten, wenn Beschäftigte unverschuldet aufgrund von Kurzarbeit in die Schieflage gerieten.

Für diesen Vorschlag bekommt er ebenso viel Beifall wie für die Forderungen, dass jeder, der 40 Jahre in die Rentenversicherung einbezahlt hat, ab 60 ohne Abschläge gehen kann – und dass die Rente mit 67 ausgesetzt werden soll. Das blockiere die Übernahme zweier Generationen an Auszubildenden, sagt Hamm. „Die Rente mit 67 ist sowieso Utopie“, rechnet später Betriebsratsvorsitzender Edgar Kühn von SHW Automotive vor. In seinem Unternehmen müssen Mitarbeiter entlassen werden – über 60-Jährige gebe es aber gar keine mehr.

Beim Thema Ausbildung hakt Landrat Klaus Pavel ein: Man müsse alles daran setzen, dass auch in der Krise genügend

Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden können, fordert er. Und nimmt die Banken der Region in Schutz: Diese erwiesen sich wie in der Vergangenheit als verlässliche Partner in der Krise – und brauchten auch weiterhin das Kapital, um mit Krediten hunderte Arbeitsplätze absichern zu können.

„Kreis, Städte und Gemeinden investierten wie die Weltmeister, um die Konjunktur in der Region anzukurbeln“, versichert Pavel und warnt davor, die Lage derzeit nur schlechtzureden.

„Die Lage ist sehr ernst“, sagt Südwestmetall-Geschäftsführer Jörn P. Makko trotzdem. Dennoch begegne ihm kein Unternehmer, der sich nicht intensiv für den Erhalt der Arbeitsplätze einsetze. Makko dämpft allzu großen Optimismus und warnt: Die Region werde nicht ohne Entlassungen davonkommen.

Gleichzeitig sei es wesentlich, die Aus- und Weiterbildung nicht zu vernachlässigen. Dies sei unverzichtbares Startka-

pital für die Zeit nach der Krise. Stichwort sozusagen für Hans-Joachim Gulde, den Chef des Arbeitsamtes Aalen. Mit nüchternen Zahlen ruft er in Erinnerung, dass die Krise die Region auf einem sehr hohen Niveau verändere. 1994 habe man in den Spitzen 16 000 Kurzarbeiter gehabt, zurzeit zähle das Arbeitsamt um die 10 000.

Gulde fordert die Personalverantwortlichen auf, durch Qualifikation der Beschäftigten sich einerseits gut vorzubereiten auf einen Aufschwung und andererseits dem Unternehmen direkt Geld zu sparen. Durch Weiterbildung in Kurzarbeit ließen sich die Sozialversicherungsbeiträge zu 100 Prozent einsparen. Außerdem fördere das Arbeitsamt die Maßnahmen auch direkt.

„Wir haben genügend Budget zur Verfügung“, versichert Gulde und appelliert zugleich an alle Gipfelteilnehmer, das „sehr gute Netz der Zusammenarbeit zwischen allen Partnern in Wahlkampfzeiten nicht in Frage zu stellen. Ich will hoffen, dass es hält.“ „Die nächsten drei bis vier Monate sind entscheidend“, spinn Klaus Moser den Faden weiter.

Entscheidend sei, dass bald wieder Aufträge eingingen. In Sachen Weiterbildung würde er sich auch als Bildungsträger wünschen, dass in diesen kritischen Zeiten die Anforderung an die Zertifizierung insoweit ausgesetzt werde, dass nur der Träger und nicht jede einzelne Maßnahme aufwändig bewertet werden muss, wenn Fördermittel fließen.

Die Arbeitnehmer fordert Moser auf umzudenken, wenn es um das Weiterbildungs-Zeitfenster gehe. Ähnlich wie bei den berufsbegleitenden Maßnahmen müsse diese während der Kurzarbeit auch außerhalb der eigentlichen Arbeitszeit möglich sein. Dann ließen sich etwa auch die Werkstätten in den Berufsschulen nutzen.

Bildung und Betreuung seien die Komponenten, mit denen Kommunen wie die Stadt Aalen die Krise positiv begleiten können, merkt Bürgermeister Wolf-Dietrich Fehrenbacher an. Gerade in diesem Bereich werde deshalb viel investiert. Er setze sich für ein starkes öffentlich-rechtliches Schulsystem ein, das ein Abgleiten in die Zweiklassengesellschaft verhindern helfen könne.

Die Krise wird überspielt

Partnerschaft – „für die Gewerkschaften in Ravenna und die IG-Metall in Aalen bedeutet das auch gemeinsames Handeln“, macht Roland Hamm deutlich. 2008 hatte man Leiharbeit zum zentralen Thema erkoren, 2009 stehe ganz im Zeichen der Krise.

Diese habe die Region stark getroffen, berichtet Edgardo Farolfi, der DGB-Vorsitzende aus Ravenna. 3500 Menschen seien von Kündigung unmittelbar bedroht oder, wenn sie befristet beschäftigt waren, längst betroffen. Die hohe Zahl der Betroffenen verteile sich auf 200 Betriebe, die schon ob ihrer geringen Größe wenige Möglichkeiten hätten, die dramatische Situation aufzufangen.

Farolfi kritisiert, dass man in seinem Heimatland nicht ernsthaft über diese Probleme reden dürfe, weil die Regie-

rung die Krise mit Optimismus überspielen wolle.

Weil die meisten Betroffenen ihr ohnehin gekürztes Gehalt auch noch irgendwie vorfinanzieren müssten, fordere der DGB in Ravenna, dass die Banken auch Privatleuten Stundungsmöglichkeiten einräumten und günstige Kredite zur Verfügung stellen sollten. Außerdem müssten Möglichkeiten geschaffen werden, die Kurzarbeit zu verlängern.

Zur Situation im Ostalbkreis ergänzt erster Bevollmächtigter Roland Hamm, dass inzwischen 70 bis 75 Prozent der Betriebe betroffen seien, weil die Abhängigkeit von der Automobilindustrie so stark ist. Wie sein italienischer Kollege fordert Hamm, dass die Banken am Verlustauffang beteiligt werden.

Anke Schwörer-Haag